

GEW Rheinland-Pfalz | Martinsstr. 17 | 55116 Mainz

Frau
Anke Beilstein
Bildungspolitische Sprecherin der
der CDU-Landtagsfraktion
Kaiser-Friedrich-Str. 3
55116 Mainz

Mainz, 27.02.2019

Offener Brief der Fachgruppe Grundschule der GEW Rheinland-Pfalz

CDU zeichnet ein falsches Bild von der Arbeit an den Grundschulen

Sehr geehrte Frau Beilstein,

in diesem Brief beziehen wir uns auf Ihr Hinweisschreiben zu den Änderungsanträgen der CDU-Fraktion zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung zum Landeshaushaltsgesetz 2019/2020 vom 08.02.2019.

Nach Ausführungen der CDU-Fraktion können nach Verlassen der Grundschule angeblich ein Viertel aller Kinder nicht richtig lesen und schreiben. Hierzu werden weder haltbare Studien genannt, die dies belegen könnten, noch wird ausgeführt, was ein Lesen-und-Schreiben-Können nach dem Grundschulabschluss bedeutet. Das ist aus der Sicht der Fachgruppe Grundschule unseriös und stellt die Arbeit der Grundschullehrkräfte in ein falsches Licht.

In der Grundschule wird nach Rahmenplänen, in denen die Basiskompetenzen verbindlich festgelegt sind, gearbeitet. Schülerinnen und Schüler mit dem Abschlusszeugnis der Grundschule verfügen, ihrem individuellen Leistungsstand entsprechend, über diese Kompetenzen.

Die GEW weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Grundschullehrkräfte, die sowohl in den Fachwissenschaften als auch in Didaktik und Methodik wissenschaftlich ausgebildet sind, sehr professionell arbeiten. Die Annahme, unterschiedliche Auffassungen in der Methodik seien die Ursache für vermeintlich mangelhafte Lese- und Schreibleistungen, ist eine unbelegte Behauptung und stellt einen Affront gegen die Arbeit aller Grundschullehrkräfte dar.

In diesem Zusammenhang möchten wir darauf hinweisen, dass es zum Erlernen der Rechtschriftlichkeit keine alleinig richtige oder falsche Methodik gibt.

Die zurzeit stark diskutierte Methode nach Jürgen Reichen „Lesen durch Schreiben: Methode zum selbstgesteuerten Schriftspracherwerb in der Primarstufe“ ist als ein Element des Werkstattunterrichts entwickelt worden. Die Grundschullehrkraft setzt in Ausübung ihrer professionellen Arbeit eine der Arbeitsgruppe entsprechende Methode aus mehreren möglichen zum Erlernen der Schriftsprache ein. Leider hält sich hartnäckig die falsche Bezeichnung „Schreiben nach Gehör“, die geeignet ist, dass die Methode in ihrer Gänze missverstanden und so in ein schlechtes Licht gerückt wird.

Die von der CDU genannten Missstände wie Unterrichtsausfall an unseren Grundschulen, mangelnde personelle Ressourcen und damit verbundene fehlende individuelle Förderung, insbesondere auch für die Sprachförderung, sind unbestritten. Hier fordert die GEW seit langem Nachbesserungen und deutlich mehr Planstellen.

/-2-

Unbenommen ist ebenso der Bedarf finanzieller und personeller Ressourcen zur Umsetzung für die Inklusion. Hierzu liegt ein fundierter GEW-Forderungskatalog vor. Ein inklusiver Unterricht berücksichtigt alle Schülerinnen und Schüler in ihrer Heterogenität und ihren unterschiedlichen Leistungsvoraussetzungen. Daher führt die Forderung der CDU-Landtagsfraktion nach einer Förderung vor allem für hochbegabte Schülerinnen und Schüler mit vier Beratungsstellen und der Bereitstellung spezialisierter Lehrkräfte zu einem unangemessenen Ungleichgewicht.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert den Ausbau der betreuenden Grundschule und setzt diesen in Konkurrenz zu den Ganztagschulen in Angebotsform. Dabei handelt sich um zwei völlig unterschiedlich organisierte Systeme. Die Betreuende Grundschule ist eine vom Schulträger und durch Elternbeiträge finanzierte Betreuungseinrichtung. Die Ganztagschule in Angebotsform ist Schule und unterliegt damit dem entsprechenden Bildungsanspruch. Die GEW fordert deshalb deutlich mehr finanzielle Mittel zum Ausbau der Ganztagschulen. Betreuende Grundschulen sind in der Perspektive zu Ganztagschulen umzuwandeln.

Längst überfällig ist eine verbesserte sachliche und personelle Ausstattung der Schulen in Bezug auf digitale Medien. Hierfür soll nach Willen der CDU unverständlicher Weise jedoch kein Geld vom Land bereitgestellt werden.

Der von der CDU-Landtagsfraktion geforderten Aufstockung der Ausbildungskapazität stimmt die GEW zu. Der Bedarf an Grundschullehrkräften ist schon jetzt nicht gedeckt. Eine Aufstockung an den Studienseminaren der Grundschulen macht derzeit jedoch keinen Sinn, da diese seit Jahren gar nicht ausgelastet sind. Woran es fehlt, das sind Studienplätze. Die GEW fordert daher eine ausreichende Bereitstellung von Studienplätzen an den Universitäten und eine Aufwertungskampagne für den Beruf der Grundschullehrkraft. Dazu gehört ebenfalls eine gleichwertige Besoldung nach A13.

Die Fachgruppe Grundschule der GEW Rheinland-Pfalz steht gerne für einen persönlichen Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der CDU-Landtagsfraktion zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Fachgruppe Grundschule

Martina Krieger



Yvonne Rheinganz



Carmen Zurheide



Mainz, 08.02.2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor wenigen Wochen wurde im Landtag Rheinland-Pfalz der Landeshaushalt für die kommenden zwei Jahre verabschiedet. Er bietet die Richtschnur für die Landespolitik 2019 und 2020. Deshalb haben wir als CDU-Landtagsfraktion mit großer Sorgfalt die Einzelpläne durchgearbeitet und eigenständige Lösungswege aufgezeigt. Leitprinzipien waren für uns neben einer soliden Haushaltsführung, zielgenau zu investieren und die Bürger zu entlasten. Denn in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen müssen wir den Steuerzahlern auch etwas zurückgeben und die Überschüsse dafür nutzen, unser Land für die Zukunft gut aufzustellen.

Beim Verlassen der Grundschule in Rheinland-Pfalz können verschiedenen Studien zufolge fast ein Viertel aller Kinder nicht richtig lesen und schreiben. Dies ist ein unhaltbarer Zustand! Ursächlich ist neben unterschiedlichen Auffassungen zur Methodik der nach wie vor vorhandene Unterrichtsausfall. Grundlegende Maßnahmen zur Änderung dieses Zustands sind bislang von Seiten der Landesregierung nicht zu erkennen. Dabei wären gerade mit Blick auf die steigenden Zahlen im Bereich der Grundschüler dringend vorsorgende Maßnahmen zur Sicherstellung des Unterrichts erforderlich.

Viel zu wenig beachtet wurden in der Vergangenheit die Tatsache der Hochbegabung und ihre Auswirkungen auf die betroffenen Kinder im Schulsystem. Wenn von „Hochbegabung“ die Rede ist, ist das Vorliegen einer sehr hohen allgemeinen Intelligenz, also einer hohen Denk- oder Problemlösefähigkeit, gemeint.

Berufswahlkoordinatoren leisten die konkrete Berufs- und Studienberatung für Schüler. Gerade in Anbetracht der aktuellen Entwicklung kommt ihnen eine besondere Bedeutung zu: Einerseits brechen immer mehr Studierende ihr Studium ab, andererseits besteht ein zunehmender Fachkräftemangel in Handwerk und Industrie, obwohl die Berufsbilder mit Blick auf die fortschreitende Digitalisierung hochattraktiv sind. Daher muss die Arbeit der Berufswahlkoordinatoren gestärkt werden.

Das Beherrschen der deutschen Sprache ist eine entscheidende Grundkompetenz für jedes Kind und Grundlage für eine gelingende Bildungsbiografie. In den vergangenen Jahren ist der Förderbedarf in diesem Bereich enorm gestiegen. Dennoch hat sich der Mittelansatz hierzu nicht wesentlich geändert.

Leider haben die regierungstragenden Fraktionen aus SPD, FDP und Grünen unsere Anträge abgelehnt. Wir werden uns jedoch auch weiterhin für eine gute Grundschulbildung einsetzen, die frühzeitig die richtigen Weichen für die Zukunft unserer Kinder stellt.

Für Ihre Anregungen und Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Herzliche Grüße



Christian Baldauf
Fraktionsvorsitzender



Anke Beilstein
Bildungspolitische Sprecherin

Anlage: Änderungsanträge der Fraktion der CDU
zum Haushaltsplan 2019/2020